

GEW-STELLUNGNAHME ZUR ANFRAGE GEMEINSCHAFTSSCHULEN OHNE OBERSTUFE-LEISTUNGSVERMÖGEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die GEW Schleswig-Holstein nimmt zu den Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu den Herausforderungen an den Gemeinschaftsschulen (Drucksache 20/3740) wie folgt Stellung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich der Bildungsausschuss mit der Anfrage befasst und die aktuelle Situation der Gemeinschaftsschulen in den Fokus nimmt.

Gemeinschaftsschulen sind ein wichtiger Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit. Unter den aktuellen Bedingungen sind sie jedoch enorm belastet. Im Gegensatz zum Gymnasium können Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen alle Bildungsgänge absolvieren. Diese Schulform muss deshalb dringend gestärkt werden. Aus Sicht der GEW erfahren die Gemeinschaftsschulen derzeit nicht die Unterstützung, die sie benötigen.

Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe besonders belastet

An den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe (GemSoO) werden zunehmend Schüler*innen mit Förderbedarfen unterrichtet. Mehr als 70 Prozent der DaZ-Zentren sind an Gemeinschaftsschulen angegliedert. Gleichzeitig ist die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss an den GemSoO im Vergleich der Schularten am höchsten.

Die besonders herausfordernde Situation zeigt sich auch beim Sozialindex: Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe weisen im Vergleich zu allen anderen Schularten flächendeckend im Mittel den schlechtesten Sozialindex auf. Unter den Schulen mit Sozialindex 9 gibt es keine Gymnasien und keine Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe (GemSmO).

Die GEW fordert deshalb eine deutlich bessere sozialindexbasierte Ausstattung der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe. Das Perspektivschulprogramm – abgelöst durch das aktuelle Startchancenprogramm – hat hier einen wichtigen Anfang gemacht. Es reicht jedoch bei Weitem nicht aus.

Die Schulen brauchen zusätzliche Lehrkräfte. Diese können über das Startchancenprogramm jedoch nicht finanziert werden. Im Perspektivschulprogramm war dies möglich und wurde von vielen Schulen erfolgreich genutzt. Gleichzeitig benötigen auch Schulen, die nicht in das Startchancenprogramm aufgenommen wurden, mehr Unterstützung. Die GEW fordert daher zusätzliche Ressourcen, die den Schulen auf Grundlage des Sozialindex langfristig zur Verfügung gestellt werden.

Arbeitsbedingungen verbessern und Lehrkräfte entlasten

Die Gemeinschaftsschulen brauchen nicht nur zusätzliche Lehrkräfte. Auch die bereits dort arbeitenden Kolleg*innen, müssen dringend entlastet und gestärkt werden.

Die Stuserhebung zur Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Landesbeschäftigten 2023/24 hat gezeigt, dass die Arbeitszufriedenheit von Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen ohne

Oberstufe im Vergleich zu allen anderen Schularten am geringsten ist. Die GEW kritisiert scharf, dass daraus bislang keine Konsequenzen gezogen wurden. Das Bildungsministerium wird seiner Verantwortung als Arbeitgeberin nicht gerecht. Die Landesregierung stellt selbst dar, dass keine Maßnahmen zur Entlastung geplant sind.

Arbeit darf nicht krank machen!

Die Landesregierung muss endlich für Entlastung sorgen. Die GEW fordert eine Reduzierung der Pflichtstunden, die Einführung von Klassenassistenten und Schulverwaltungskräften sowie den Ausbau multiprofessioneller Teams. Auch die Schulsozialarbeit muss insbesondere an Gemeinschaftsschulen dringend ausgebaut werden.

Funktions- und Leitungsstellen attraktiver machen

Ein weiteres Problem, das aus der Anfrage deutlich hervorgeht, sind nicht besetzte Funktionsstellen. Eine Ursache dafür ist aus Sicht der GEW die Kopplung von Funktionsstellen an Schüler*innenzahlen. Die Landesregierung muss die Attraktivität von Leitungs- und Funktionsstellen an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe erhöhen. Die GEW fordert, Koordinations- und Leitungsstellen künftig nicht mehr an Schüler*innenzahlen zu koppeln. Darüber hinaus muss die Landesregierung Maßnahmen ergreifen, um den Anteil von Frauen auf der Schulleitungsebene zu erhöhen.

Lehrkräftemangel wirksam bekämpfen

Eine große Herausforderung für die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe bleibt der Lehrkräftemangel. Gerade Schulen mit den vielfältigen Herausforderungen, die in der Anfrage deutlich werden, leiden darunter, dass in vielen Regionen nicht genügend ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Das ist eine zusätzliche Belastung für die Schulen, die Kollegien und insbesondere für die betroffenen Schüler*innen.

Schulen, an denen vermehrt nicht voll ausgebildete Lehrkräfte eingesetzt werden, brauchen zusätzliche Ressourcen, insbesondere Mentoring-Stunden. So können diese Lehrkräfte besser begleitet und unterstützt werden.

Das allein wird das Problem jedoch nicht lösen. Nach Berechnungen der GEW wird der Lehrkräftemangel insbesondere an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe auch langfristig ein großes Problem bleiben. Die Landesregierung muss deshalb gegensteuern. Dazu gehört insbesondere, Lehramtswechsel zu erleichtern.

Vor allem aber müssen die Arbeitsbedingungen an den Gemeinschaftsschulen insgesamt verbessert werden, damit – wie oben beschrieben – Arbeit an Gemeinschaftsschulen nicht krank macht. Gemeinschaftsschulen brauchen die besten Arbeitsbedingungen, damit sich auch die Lehrkräfte von morgen für die Arbeit an dieser wichtigen Schulart entscheiden.

Die Probleme sind bekannt. Jetzt gilt es endlich, sie zu lösen. Wir erwarten, dass die Landesregierung die Situation an den Gemeinschaftsschulen ernst nimmt und entsprechend handelt.

Schleswig-Holstein braucht starke Gemeinschaftsschulen, um die Jugendlichen in diesem Land stark für die Zukunft zu machen.